

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 11.10.2018

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld,
Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: 20:04-20:20 Uhr

Ende: 20:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Frau Schneider

CDU

Herr Kögler stellv. Bezirksbürgermeister

Frau Maler

Herr Weigert Fraktionsvorsitzender

SPD

Frau Gerdes

Herr Heimbeck Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Althoff

Herr Brunnert Fraktionsvorsitzender

Frau Herting

Frau Metten-Raterink

abwesend ab 20:00 Uhr,
TOP 15.1

Frau Osei

Frau Pfaff

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker

Die Linke

Herr Strauch

Externe Gäste/Von der Verwaltung:

Herr Bergediek, Planungsbüro crayen+bergediek

Frau Brand, Initiative „Sicherer Bethelweg“

Frau Romanini, Planungsbüro crayen+bergediek

Herr Johnigk, v. B.S. Bethel

Frau Lindemann, Initiative „Sicherer Bethelweg“

Frau Primas, v.B.S. Bethel

Frau Weber, Initiative „Sicherer Bethelweg“

Herr Wesemann, v. B.S. Bethel

Herr Borgsen, ISB

Herr Hellermann, Bezirksamt Brackwede (bis 18:45 Uhr)

Frau Trüggelmann, Bezirksamt Brackwede

Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Bezirksbürgermeisterin Pfaff begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 38. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum form- und fristgerecht erfolgt und das Gremium beschlussfähig sei.

Änderung der Tagesordnung

Frau Pfaff führt an, dass Punkt 3 der Tagesordnung „Vorstellung des Bauvorhabens auf dem Grundstück Johannistal 48“ abgesetzt werden müsse, da seitens des Architekturbüros bedauerlicherweise keine überarbeiteten Pläne vorliegen würden. Somit gäbe es auch keine Neuerungen gegenüber dem Kenntnisstand aus der Einwohnerversammlung am 11.09.2018, über die berichtet werden könnte.

Im Übrigen bittet sie darum, Punkte, zu denen Berichtersteller eingeladen seien, entsprechend vorzuziehen.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

1. TOP 3 „Vorstellung des Bauvorhabens auf dem Grundstück Johannistal 48“ wird abgesetzt.
2. TOP 8 „Vorstellung des Vorhabens Seniorenpflegeeinrichtung am Saronweg“ und TOP 9 „Verkehrliche Problematik am Bethelweg“ werden vorgezogen, sobald die Berichtersteller anwesend sind.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 1

Wahl einer neuen Bezirksbürgermeisterin/eines neuen Bezirksbürgermeisters

Frau Pfaff erklärt, dass sie mit sofortiger Wirkung von ihrem Amt als Bezirksbürgermeisterin zurücktreten werde und übergibt sogleich den Vorsitz an den Altersvorsitzenden. Herr Witte begrüßt alle Anwesenden und führt aus, dass sich die nachfolgende Wahl ausschließlich auf das neu zu besetzende Amt der Bezirksbürgermeisterin bzw. des Bezirksbürgermeisters beziehe. Die Funktion der Stellvertretung bleibe unberührt.

Er berichtet, dass bereits zwei Wahlvorschläge eingereicht worden seien:

Vorschlag 1: Barbara Schneider (SPD)

Vorschlag 2: Dietrich Kögler (CDU)

Aus der Bezirksvertretung gibt es keine weiteren Vorschläge.

Herr Witte erläutert zum Wahlverfahren, dass gemäß § 50 Absatz 2 der Gemeindeordnung NRW die Person gewählt sei, die mehr als die Hälfte

der gültigen Stimmen erhalte. Enthaltungen seien in diesem Fall auch gültige Stimmen. Sofern niemand mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigen könne, sei nach einem zweiten Wahlgang derjenige gewählt, wer die meisten Stimmen erhalte. Bei Stimmengleichheit müsste dann die Entscheidung per Los herbeigeführt werden.

Frau Trüggelmann ruft daraufhin alle Mitglieder der Bezirksvertretung in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe auf. Nach Durchführung der Wahl nehmen Herr Brunnert, Herr Heimbeck und Herr Weigert die Auszählung der Stimmen vor.

Im Anschluss gibt Herr Witte folgendes Ergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen	15
Enthaltungen	1
Ungültige Stimmen	0
somit verbleibende Stimmen	15

Vorschlag	Fraktion	Name	Anzahl der Stimmen
1	SPD	Barbara Schneider	10
2	CDU	Dietrich Kögler	4

Von Herrn Witte wird festgestellt, dass damit

Frau Barbara Schneider zur neuen Bezirksbürgermeisterin in Gadderbaum

gewählt sei.

Nachdem Frau Schneider die Annahme der Wahl erklärt hat, wird sie von Herrn Witte beglückwünscht und anschließend durch Verlesen folgender Formel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben als Bezirksbürgermeisterin nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen. So wahr mir Gott helfe.“

Frau Schneider bekundet sodann durch Handschlag und Unterzeichnen der vorgelegten Verpflichtungserklärung ihr Einverständnis mit der Verpflichtungsformel.

-.-.-

Es folgen Glückwünsche an Frau Schneider und Fotoaufnahmen für die Presse.

Anschließend wird ihr von Herrn Witte die Sitzungsleitung übergeben.

-.-.-

In ihrer Einstandsrede bedankt sich Frau Schneider zunächst ausdrücklich bei Frau Pfaff für ihre geleistete Arbeit als Bezirksbürgermeisterin. Weiter dankt sie der Bezirksvertretung für ihre Wahl und erklärt, dass sie sich sehr auf die kommenden Aufgaben freue. Für die Zukunft wünsche sie sich weiterhin ein faires Miteinander sowie eine gute Zusammenarbeit in der Bezirksvertretung.

Zu Punkt 2 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum**

Zu Punkt 2.1 **Auftragen von Tempo 30-Piktogrammen auf der Fahrbahn innerhalb der Ortschaft Bethel**

Fred Müller, Saronweg 41:

„Können innerhalb der Ortschaft Bethel Tempo 30-Piktogramme aufgebracht werden?“

Frau Schneider verweist diesbezüglich auf die nächste Sitzung, in der mit einer Antwort von der Fachverwaltung gerechnet werden könne.

Darüber hinaus erkundigt sich Herr Müller nach seiner noch offenen Frage bezüglich einer Optimierung der verkehrlichen Situation für Linksabbieger an der Kreuzung Friedrich-List-Straße/Artur-Ladebeck-Straße.

Frau Trüggelmann führt dazu aus, dass die Fachverwaltung die Frage ebenfalls in der nächsten Sitzung am 15.11.2018 beantworten werde.

Zu Punkt 2.2 **Straßenreinigung/Winterdienst in einem Teilstück der Straße Am Lothberg**

Frau Brackertz, Am Lothberg 6c:

Ist es möglich, den Teilabschnitt der Straße Am Lothberg (Hausnummern 4-6) in das Straßenreinigungsverzeichnis der Stadt Bielefeld aufzunehmen, so dass diese auch gereinigt und dort der Winterdienst durchgeführt wird?

Frau Schneider erklärt, die Frage an den UWB weiterzuleiten und sichert eine Antwort bis zur nächsten Sitzung zu.

Zu Punkt 2.3 **Übergabe einer Unterschriftenliste für eine Denkmalsbereichssatzung im Johannistal**

Frau Dr. Pieper-Milting und Herr Prof. Dr. Kopper übergeben Frau Schneider eine Liste mit ca. 70 Unterschriften von Bewohnerinnen und Bewohnern des Johannistals, die sich für eine Denkmalsbereichssatzung

aussprechen.

Frau Schneider nimmt diese dankend entgegen und teilt mit, dass sie diese dem Bauamt übermitteln werde. Unabhängig davon werde die Bezirksvertretung in einer der nächsten Sitzungen erneut dieses Thema beraten und sich zur zukünftigen Entwicklung dieses Gebietes verhalten.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3

Vorstellung des Bauvorhabens auf dem Grundstück Johannistal 48

Anmerkung der Schriftführerin: Der Punkt ist von der Tagesordnung abgesetzt worden; Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“

-.-.-

Zu Punkt 4

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 13.09.2018

Herr Spilker merkt zu der Niederschrift, S. 13, TOP 5.3 „Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Bielefeld“ an, dass er in seinem Redebeitrag insbesondere auch darauf hingewiesen habe, dass er kritisiert habe, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Thematik allein aufgegriffen hätten, und sich nicht im Vorfeld mit den anderen Parteien diesbezüglich abgestimmt bzw. mit ihnen darüber diskutiert hätten. Zudem zeigt er sich irritiert über das protokollierte Abstimmungsverhältnis; in seinen Augen sei der Antrag nicht mit 7 Ja-Stimmen bei 4 Nein-Stimmen beschlossen worden. Er ist überzeugt, dass er abgelehnt worden sei.

Frau Imkamp kann diesem Einwand nicht zustimmen, versichert aber, das Ergebnis unter Zuhilfenahme des Tonmitschnitts über die letzte Sitzung nochmals zu überprüfen.

(Anmerkung der Schriftführerin: Das Abstimmungsverhältnis ist mit 7 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen [Antrag somit mit Mehrheit beschlossen] korrekt wiedergegeben worden.)

Anschließend fasst die Bezirksvertretung folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 13.09.2018 wird unter Berücksichtigung der Anmerkung von Herrn Spilker bezüglich seines Redebeitrages zu TOP 5.3 nach Form und Inhalt genehmigt.

-bei 4 Enthaltungen einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 5

Mitteilungen

Erweiterung Waldwegeführung Johannisberg

Auf Nachfrage von Herrn Spilker teilt der UWB mit, dass die Forstwege bzw. Rückegassen auf dem Johannisberg zur besseren Bewirtschaftung der Waldbestände optimiert worden seien. Die Holzbringung auf den schmalen, vorhandenen Wegen habe sich zunehmend schwierig gestaltet. Explizit im Kreuzungsbereich sei der Kurvenradius nicht optimal gewesen. Ebenso die Streckenführung durch den Kletterpark, welcher durch seine Bauwerke die Durchfahrtshöhe beschränkte, sowie im Bereich der Bebauung habe es Anlass zur Verbesserung gegeben. Durch die optimierte Streckenführung sei eine bestandsschonende Bewirtschaftung des Johannisbergs, auch bei widriger Wetterlage, gesichert.

Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Straße Langenhagen

Herr Brunnert weist darauf hin, dass bei der Mitteilung des Amtes für Verkehr, die in der letzten Sitzung verlesen worden sei, nicht erwähnt worden sei, dass die neuen Laternen zukünftig auf der anderen Straßenseite installiert würden. Dies sei eigentlich der entscheidendste Aspekt gewesen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6

Anfragen

Zu Punkt 6.1

Immissionen des Spitzenkraftwerks am Bolbrinkersweg 51

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7223/2014-2020

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Welche Immissionen erzeugt das Kraftwerk am Bolbrinkersweg 51 und welche Messwerte ergeben sie?

Dazu teilt das Umweltamt mit, dass das Spitzenheizkraftwerk am Bolbrinkersweg 52-54 ein Heizwerk sei, welches Bedarfsspitzen an Heißwasser im Fernwärmenetz, überwiegend in den Wintermonaten, sicherstellen solle. Das Heizwerk sei aufgrund seiner Funktion nicht ganzjährig im Betrieb. Im Jahresmittel der letzten fünf Jahre sei das Heizwerk ca. 87 Stunden oder ca. vier Tage pro Jahr in Betrieb gewesen.

Um die Heißwasserproduktion sicherzustellen, seien im Heizwerk zwei Heißwasserkessel installiert, welche mit einer kombinierten Erdgas-Öl Feuerung betrieben würden. Aufgrund der Größe der Anlage falle diese unter das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und unterliege somit wiederkehrenden Prüfungen, die das Umweltamt überwache.

Gemäß § 28 BImSchG seien alle 3 Jahre **Emissionsmessungen** im Abgasstrom durchzuführen. Die letzte Emissionsmessung sei 2016 durchgeführt worden. Hier sei ersichtlich, dass die Emissionsgrenzwerte ein-

gehalten bzw. unterschritten würden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6.2 Wasserschutzgebiete in Gadderbaum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7393/2014-2020

Anfrage der SPD-Fraktion:

In Gadderbaum sind Wasserschutzgebiete verschiedener Kategorien ausgewiesen. Ist die Unterschützstellung der Gebiete gefährdet, weil die dort befindlichen Brunnen außer Betrieb genommen wurden?

Frau Trüggelmann verliest dazu die Antwort des Umweltamtes: Ein Wasserschutzgebiet (WSG) erstrecke sich i.d.R. über das gesamte Einzugsgebiet eines Wasserwerks. Das WSG Bielefeld-Gadderbaum resultiere aus den zwei Einzugsgebieten der benachbarten Wasserwerke:

- Windfang (Stadtwerke Bielefeld GmbH; 4 Brunnen, ≈ 1,1 Mio. m³/Jahr)
- Gadderbaum (Bodelschwingsche Stiftungen; 3 Brunnen, ≈ 0,3 Mio. m³/Jahr)

Da nun das Wasserwerk Gadderbaum außer Betrieb genommen worden sei, falle der dazugehörige Anteil des WSG weg. Das zu dem verbleibenden Wasserwerk Windfang gehörige WSG bleibe in der Größe seines gesamten Einzugsgebietes unberührt. Das zu Trinkwasserzwecken genutzte Grundwasser bleibe also weiterhin sachgerecht geschützt. Eine Gefährdung entstehe nicht.

Die Bezirksregierung Detmold als zuständige Obere Wasserbehörde werde im kommenden Jahr das entsprechende Verfahren eröffnen. Grundlage hierfür werde ein hydrogeologisches Gutachten sein. Die Bezirksvertretung werde beizeiten entsprechend informiert werden.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6.3 Zeitliche Verzögerung beim Neubau der OGS der Martinschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7427/2014-2020

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Wie weit ist der Stand des Neubaus der OGS für die Martinschule in Gadderbaum und welche Probleme sind noch zu klären?

Zusatzfragen:

1. *Warum mussten die Nachbarn um ihr Einverständnis für den Bau gefragt werden und wann sind die Nachbarn über den Bau des Gebäudes der OGS befragt worden?*
2. *Warum hat der Kampfmittelräumdienst es nicht geschafft, innerhalb von 12 Monaten den Untergrund zu prüfen?*

Frau Trüggelmann verweist diesbezüglich auf die Antwort des ISB:

Der Bauantrag sei eingereicht und werde durch die zu beteiligenden Stellen bearbeitet. Das Architekturbüro und die Fachplaner erstellten derzeit die Ausführungsplanung und bereiteten die Ausschreibungen vor. Der Baubeginn sei dato für Februar 2019 eingeplant. Folgende Risiken könnten u.a. zu weiteren Problemen oder Zeitverzögerungen führen:

- Die Witterung verzögere die Bautätigkeit.
- Die Ausschreibungen erzielten keine oder nur unwirtschaftliche Ergebnisse.
- Bei der Angebotsvergabe könne es zu Vergabebeschwerden kommen.
- Durch die Kampfmitteluntersuchung (KMU) werde eine Bombe gefunden.
- Problematischer Baugrund nach Offenlegung der Baugrube trotz Bodengutachten.
- Die Auftragnehmer hätten Lieferschwierigkeiten bei Baustoffen.

Zur Zusatzfrage 1:

Der aktuell gültige B-Plan hätte keine ausreichende Bebauung für das gewünschte Raumprogramm zugelassen, so dass Befreiungen für die Art der Nutzung, die Überschreitung der Baugrenze sowie für eine andere Dachform beantragt worden seien. Die hierfür erforderlichen nachbarlichen Zustimmungen für diese Befreiungen seien am 26.07.2018 durch die Stiftung Bethel erteilt worden.

Zur Zusatzfrage 2:

Der Antrag auf KMU sei Mitte September 2017 gestellt worden. Im Februar 2018 habe der ISB die Auswertungsergebnisse der Feuerwehr mit Auflagen zur Baufelduntersuchung erhalten. Das zeitgleich eingegangene Bodengutachten belege die nicht ausreichende Tragfähigkeit des Bodens durch die Nähe zum verrohrten Bohnenbach. Der Baugrund solle deshalb durch sogenannte Rüttelstopfverdichtungen verbessert werden.

Durch eine Überlastung der KMU habe erst Anfang Mai 2018 ein Ortstermin mit dem für die KMU zuständigen Mitarbeiter der Feuerwehr stattfinden können, bei dem die kritischen Details geklärt werden konnten.

Für Sondierungsarbeiten müsse nun vorab die gesamte Fläche einschließlich Bewuchs komplett geräumt und sämtliche „ferromagnetische Störkörper“ im Umkreis von mindestens 5 Metern entfernt werden – wie z.B. Zäune, Spielgeräte, Fundamente und ähnliches.

In unserem Fall sei dabei die Stahlaußentreppe des benachbarten Klassentraktes besonders problematisch, da sie als Fluchttreppe unbedingt auch während der Bauzeit dauerhaft nutzbar bleiben müsse. Aus diesem Grund und wegen der zu erwartenden Erschütterungen durch die Verdichtungsarbeiten der Pfahlgründung (Rüttelstopfverfahren) müssten zusätzlich Sondierbohrungen durchgeführt werden. Diese engmaschigen Bohrlochdetektionen sollten jeweils direkt in den geplanten Fundamentbereichen durchgeführt werden.

Die statische Berechnung hierfür sei derzeit in Bearbeitung und solle Mitte November vorliegen. Wegen Überlastung der planenden Ingenieurbüros sei der Bauantrag erst im September 2018 eingereicht worden. Nach Erstellung der Genehmigungsplanung haben die noch notwendigen statischen Berechnungen nun fortgesetzt werden können. Die vorgenannten Sondierungsarbeiten dürften nur von wenigen zugelassenen Spezialfirmen durchgeführt werden. Angebote seien bereits eingeholt worden. Um den Schulhofbereich und die Durchgangsmöglichkeit vom Hoffnungstaler Weg nicht unnötig früh zu sperren, sollten die Untersuchungen nach derzeitiger Planung ab Februar 2019 und die Spezialtiefbauarbeiten ab Mitte März durchgeführt werden. Für die Bauzeit sei mit der Schule bereits eine provisorische Wegeverbindung geklärt worden.

Frau Pfaff kritisiert, dass ursprünglich Herbst 2018 für den Baubeginn angedacht gewesen sei und kann die Begründung für die Verzögerung nicht wirklich nachvollziehen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6.4

Installation von hitzeentschärfenden Maßnahmen an der Martinschule

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7425/2014-2020

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Wann werden im Neubau der Martinschule wegen extremer Hitze bei Sonnenwetter die Wärmeschutzverglasung und andere hitzeentschärfenden Maßnahmen installiert?

Dazu teilt der ISB mit: Die Sonnenschutzverglasung des Glasdachs des Neubaus sei bereits für den Wirtschaftsplan 2019 vorgesehen und auch in der Bezirksliste veröffentlicht worden.

Die Maßnahme sei in enger Abstimmung mit dem Amt für Schule erfolgt. Eine Ausführung der Arbeiten sei nur in den Ferien möglich. Angestrebt würden die Osterferien 2019, sofern die OGS ebenfalls geschlossen habe, da ein Betrieb der OGS-Mensa im Erdgeschoss des gleichen Gebäudes während der Baustelle zu gefährlich sei. Sollte dies nicht möglich sein, müsse die Ausführung in den Sommerferien erfolgen. Außerdem würde ein Ausführungstermin um Ostern ein erhöhtes Witterungsrisiko bergen, zumal wegen Feiertagen auch nur 2 x 4 Werktage zur Verfügung stünden.

In der Vergangenheit seien am Objekt bereits div. Sonnenschutzmaßnahmen eingebaut worden:

Gebäude 20 - OG2:

Einbau von Vorbau-Raffstores im Flurbereich in den Pfingstferien 2018

Gebäude 10, EG - Computerraum:

Erfolgt Einbau von Sonnenschutzverglasung (außenliegender Sonnenschutz wg. Glasvordach nicht möglich) Anfang April 2018 und Einbau

eines zusätzlichen Fensterventilators zur Entlüftung in den Pfingstferien

Gebäude 10, 1.OG - Klassenraum:

Montage von Textilscreens: Beginn der Arbeiten in den Sommerferien 2018 / Fertigstellung September 2018

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 7

Anträge

Zu Punkt 7.1

Instandsetzung des Waldweges zwischen dem Johannistal und der Fußgängerbrücke über dem OWD

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7392/2014-2020

Antrag der SPD-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Waldweg zwischen dem Johannistal und der Fußgänger- und Radfahrerbrücke über dem OWD oberhalb der Bebauung nördlich der Straße „Johannistal“ in Stand zu setzen. Mittel dafür sind bereitzustellen.

Herr Heimbeck begründet den Antrag.

In der anschließenden Diskussion über den Inhalt des Antrags wird von den anderen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern folgendes bemängelt:

- Der Weg sei nur sehr bedingt überhaupt für Fahrradfahrer geeignet, da er zu steil sei
- Es fehle grds. an sozialer Kontrolle, weshalb von der Nutzung eher abgeraten werde
- Es sei unklar, um welchen Weg bzw. welchen Streckenabschnitt es sich in dem Antrag genau handele
- Es sei fraglich, ob der Weg, der durch einen Wald führe, überhaupt asphaltiert werden müsste

Schlussendlich einigt man sich darauf, den Antrag in 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen und die SPD-Fraktion sichert zu, diesen bis zur nächsten Sitzung zu überarbeiten: Die genaue Strecke solle konkretisiert werden, die ursprüngliche Begründung würde durch eine neue ersetzt und der Beschlussvorschlag werde zudem in einen Prüfauftrag umgewandelt.

Die Bezirksvertretung nimmt den Antrag in 1. Lesung zur Kenntnis.

Zu Punkt 8

Vorstellung des Vorhabens "Seniorenpflegeeinrichtung am Saronweg"

Frau Schneider begrüßt Frau Romanini und Herrn Bergediek, Planungsbüro crayen + bergediek, sowie Frau Primas, Herrn Johnigk und Herrn Wesemann, v.B.S. Bethel, zu diesem Punkt als Berichterstatter. Diese stellen anhand einer Präsentation (*Anmerkung der Schriftführerin: Diese ist im elektronischen Informationssystem unter diesem TOP hinterlegt.*) die Planungen für den Neubau einer Seniorenpflegeeinrichtung am Saronweg vor. Diese solle zukünftig als Ersatz für das Haus Abendfrieden dienen. Geplant seien 80 stationäre Pflegeplätze insbesondere für Personen mit dementiellen Erkrankungen in sechs Wohnpflegegruppen (mit „eingestreuten“ Kurzzeitpflegeplätzen); dafür würden 80 Einzelzimmer mit eigenem, barrierefreiem Bad errichtet. Es gebe ein hausgemeinschaftliches Wohn- und Pflegekonzept: Zentraler Mittelpunkt jeder Wohnpflegegruppe sei der Wohn-Ess-Bereich mit angeschlossener Küche, in der die Mahlzeiten frisch zubereitet würden. Alle Plätze der Wohnpflegegruppen würden so gestaltet, dass Menschen mit erhöhtem, schwerem und schwerstem Pflegebedarf versorgt werden könnten, ohne dass bei zunehmender Pflegebedürftigkeit ein Umzug innerhalb des Hauses notwendig sei. Darüber hinaus gebe es einen geschützten Gartenbereich.

Herr Brunnert merkt zu der Architektur bzw. der Form des geplanten Gebäudes an, dass dieses aussehe „wie ein Schuhkarton“. Er spricht sich grundsätzlich gegen Flachdächer aus, da er Dachüberstände präferiere. Außerdem fragt er, ob beispielsweise auch ein pflegebedürftiges Paar gemeinsam untergebracht werden könne.

Auch Herr Spilker hinterfragt, ob sich das Vorhaben in die Umgebung einfügen werde.

Herr Bergediek merkt zur Frage der Gestaltung an, dass es wichtig gewesen sei, dass sich das Material der Fassade innerhalb der Ortschaft wiederfinden solle, was der Fall sein werde. Grundsätzlich liege die mögliche Attraktivität eines Gebäudes letztlich allerdings immer im Auge des jeweiligen Betrachters. Unabhängig davon habe das Vorhaben aber auch unter einem gewissen Wirtschaftlichkeitsaspekt geplant werden müssen; Kosten und Nutzen sollten ausgewogen sein.

Zu der Frage von Herrn Brunnert nach der gemeinsamen Unterbringung von pflegebedürftigen Ehepaaren wird darauf hingewiesen, dass dieser Fall in der Praxis kaum vorkomme.

Auf Nachfrage von Frau Herting wird ausgeführt, dass sich die Anzahl der Pflegeplätze nur geringfügig von 78 auf 80 ändere. Parkplätze für Besucherinnen und Besucher seien zwischen dem Haus Tiberias und dem Hoffnungsthaler Weg vorgesehen.

Herr Althoff erkundigt sich u.a. nach der Einrichtung der einzelnen Zimmer und ob auch ein Sozialdienst eingesetzt werde bzw. Betreuungsassistenz vorgesehen sei.

Hierzu wird darauf hingewiesen, dass eine Standardmöblierung stets zur Verfügung gestellt werde, aber auch private Möbelstücke gern mitgenommen werden könnten. Bezüglich des Personals wird festgestellt, dass der gesetzlich vorgesehene Schlüssel in jedem Fall umgesetzt werde.

Auf Nachfrage von Herrn Witte zum Pflegebeitrag bzw. zur „Bezahlbarkeit“ des Angebots wird ausgeführt, dass der Eigenanteil bei ca. 2.500 Euro/Monat liege und somit dem Bielefelder Durchschnitt entsprechen werde. Ergänzend könnte sonst Sozialhilfe beantragt werden.

Frau Maler bittet darum, geeignete Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen; z.B. mit Kameras die Ein- und Ausgänge zu überwachen, damit sowohl nicht unbefugt in das Gebäude eingedrungen werden könne, als auch Bewohnerinnen und Bewohner dieses unbeaufsichtigt verlassen könnten.

Dazu wird angemerkt, dass es sich grds. um ein „offenes Haus“ handeln solle. Selbstverständlich würden aber trotzdem Vorkehrungen getroffen, beispielsweise in Form eines Info-Punktes im Eingangsbereich und generell personeller Präsenz z. B. der Pflegekräfte. Patienten mit einem stark erhöhten Fortbewegungsdrang würden allerdings gar nicht erst aufgenommen.

Auf Nachfrage von Frau Pfaff wird versichert, dass der barrierefrei angelegte Garten eingefriedet werden solle, um einen sicheren Aufenthalt in diesem zu gewährleisten.

Frau Herting erkundigt sich abschließend, was dann zukünftig mit dem Haus Abendfrieden bzw. auf dem Grundstück geplant sei. Hierzu wird mitgeteilt, dass es noch keinerlei Konzeptionen gebe.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Verkehrliche Problematik am Bethelweg **Mündlicher Bericht der Initiative "Sicherer Bethelweg"**

Frau Schneider begrüßt Frau Brand, Frau Lindemann und Frau Weber von der Initiative „Sicherer Bethelweg“ als Berichterstatte(r)innen zu diesem TOP.

Anschließend berichten sie über die aktuelle Situation und gehen näher auf das Schreiben, das sie an die Mitglieder der Bezirksvertretung gesandt haben (*Anmerkung der Schriftführerin: Dieses ist im elektronischen Informationssystem der Stadt Bielefeld zu diesem TOP hinterlegt*), ein. Insbesondere Mütter, die ihre Kinder dort zur KiTa Erdenreich bringen würden, sowie Anwohnerinnen und Anwohnern mit Kindern kritisierten, dass die Nutzung der Straße vor allem im hinteren Bereich –ab Missionsweg- zu gefährlich sei. Dies betreffe in erster Linie Fußgängerinnen und Fußgänger, aber auch gehbeeinträchtigte Menschen oder Menschen mit Behinderung, die auf einen Rollator oder Rollstuhl angewiesen seien, als auch Fahrradfahrer. Als Gründe dafür werden ein starkes Verkehrsaufkommen, erhöhte Geschwindigkeit und auch unübersichtliches Parken und Parken an nicht zulässigen Plätzen dafür angegeben. Zudem wird kritisiert, dass es keinen gesonderten Fußweg gebe, auf dem man sich zumindest subjektiv sicherer fühle.

Herr Witte merkt zu der vorgebrachten Problematik an, dass in dem hinteren Bereich des Bethelwegs, der in eine Sackgasse münde, eigentlich

nur die Anwohnerinnen und Anwohner bzw. Eltern der KiTa-Kinder zu schnell fahren könnten, da andere diesen Straßenabschnitt im Regelfall nicht befahren würden. Hier müsse die Einhaltung der Geschwindigkeit dann verstärkt kontrolliert werden.

Frau Pfaff findet den Vorschlag der Initiative, den Bethelweg ab Höhe Missionsweg in eine Spielstraße umzuwandeln, reizvoll und schlägt vor, diese Idee weiter zu verfolgen.

Frau Herting berichtet von einem „Fast-Unfall“, an dem sie selbst beteiligt gewesen sei; vielfach würde der (gesamte) Bethelweg von Fahrdiensten oder Lieferfahrzeugen Bethels als Abkürzung genutzt und dann auch bedauerlicherweise zu schnell befahren.

Frau Osei regt an, den Mitarbeiter-Parkplatz im unteren Bereich der KiTa mit den öffentlichen Parkplätzen im Bereich des Wendehammers zu „tauschen“, damit nicht mehr so viel Bewegung bzw. Fluktuation dort herrsche.

Herr Brunnert erinnert an die Ausbauplanung des Bethelwegs vor einigen Jahren. Das Amt für Verkehr hätte der Bezirksvertretung damals zugesichert, dass eine Mischverkehrsfläche „sicher“ für alle Beteiligten sei. Dies scheine nunmehr in der Praxis allerdings nicht der Fall zu sein und dann müsste ggfs. nochmals neu überprüft werden, inwiefern die Verkehrssicherheit hier erhöht werden könne.

Auch Herr Heimbeck spricht sich für verstärkte Kontrollen der Geschwindigkeit als auch des ruhenden Verkehrs aus, zudem befürwortet er eine „Entzerrung“ des Parkens auf dem Wendehammer.

Herr Spilker macht darauf aufmerksam, dass man wegen der verkehrlichen Problematiken den Bethelweg gedanklich eigentlich in zwei Bereiche unterteilen müsste- einmal in den Abschnitt vom Wendehammer bis zum Missionsweg und dann in den restlichen Bereich.

Frau Schneider schlägt vor, den Punkt aufgrund seiner Komplexität in die nächste projektbezogene Sitzung „Verkehr“ zu verweisen und lädt auch die Vertreterinnen der Initiative dazu ein. Die Bezirksvertretung kann sich diesem Vorschlag anschließen.

Der Punkt wird in die nächste projektbezogene Sitzung „Verkehr“ verwiesen.

-.-.-

Zu Punkt 10

Freibad Gadderbaum - Bericht zum aktuellen Sachstand

Frau Pfaff berichtet über die vergangene Freibadsaison, die aufgrund des Wetters ausgesprochen gut verlaufen sei: In diesem Sommer hätten 57.000 Gäste das Gadderbaumer Freibad besucht, fast doppelt so viele wie im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Dies sei sowohl für die Schwimmmeister als auch das übrige Personal allerdings eine besondere Herausforderung gewesen.

Der Förderverein habe ca. 900 neue Mitglieder gewinnen können, so dass aktuell 4.000 Mitgliedschaften zu verzeichnen sein.

Derzeit werde der Bereich vor dem Freibad neu gepflastert und dort neue Fahrradbügel installiert. Für die neue Saison sei im Bad die Errichtung einer Bank rund um das Kleinkinderbecken sowie die Aufstellung von zwei ergonomischen Sonnenliegen geplant.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 11 Neufassung der Parkgebührenordnung der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7286/2014-2020

Frau Schneider verweist auf die Vorlage.

Herr Brunnert merkt an, dass er dem Beschlussvorschlag aus folgenden Gründen nicht zustimmen könne: Zum einen würde noch mehr Verkehr in die Innenstadt gezogen, wenn man das Kurzzeitparken (in diesem Fall für „Handyparker“) attraktiver gestalten würde, und zum anderen wäre ihm nicht klar, wie das Entrichten von Gebühren über das Onlineverfahren funktionieren würde und bittet diesbezüglich um nähere Erläuterungen durch das Fachamt.

Die anderen Mitglieder der Bezirksvertretung schließen sich dem an und somit ergeht folgender

Beschluss:

Die Vorlage wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 12 38. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung)

hier: Änderung des Straßenreinungsverzeichnisses (Stadtbezirk Gadderbaum)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7305/2014-2020

Frau Schneider verweist auf die Vorlage und ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat, die Änderungen des Straßenreinigungsverzeichnisses gem. Anlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Verwendung der bezirklichen Sondermittel in 2018

Frau Pfaff und Frau Herting erklären sich als befangen und nehmen weder an Beratung noch Beschlussfassung teil.

Frau Schneider weist darauf hin, dass noch 1.917 Euro zur Verfügung stünden; entsprechende Anträge auf Sondermittel lägen vom Freibad Gadderbaum e.V., dem Förderverein der Martinschule, des SV Gadderbaum 08 e.V. und integra Bielefeld e.V. vor.

Unabhängig davon macht Frau Osei den Vorschlag, zukünftig eine Art „Gadderbaum-Preis“ für besonderes ehrenamtliches Engagement auszulösen.

Frau Schneider sichert zu, diese Idee mit in die nächste projektbezogene Sitzung „Kultur“ zu nehmen.

-.-.-

*Sitzungsunterbrechung von 19:47 – 19:52 Uhr:
Fraktionsübergreifende Diskussion über die Verwendung
der Sondermittel*

-.-.-

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt

- 1. dem Verein Freibad Gadderbaum e.V. 479,25 Euro aus bezirklichen Sondermitteln 2018 für eine Haltekonstruktion für Handtücher u. ä.**
- 2. dem Förderverein der Martinschule 479,25 Euro aus bezirklichen Sondermitteln 2018 für Spielzeugkisten**
- 3. dem SV Gadderbaum 08 e.V. 479,25 Euro aus bezirklichen Sondermitteln 2018 für Trainingsmaterialien**
- 4. dem Verein integra Bielefeld e.V. 479,25 Euro aus bezirklichen Sondermitteln für die Anschaffung von Materialien für die Psychomotorikgruppe sowie die Anschaffung eines Fußballsets.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14 **Verwendung der bezirklichen Kulturmittel in 2018**

Frau Herting und Frau Pfaff erklären sich für befangen und nehmen weder an Beratung noch Beschlussfassung teil.

Ohne weitere Aussprache ergeht auf Vorschlag von Frau Schneider folgender

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt der Arbeitsgemeinschaft „Gadderbaumer Weihnachtsmarkt“ 1.085 Euro aus bezirklichen Kulturmitteln 2018.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 15 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 15.1 **Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf dem Haller Weg im Bereich des Altenheims St. Pius**

Beschluss vom 14.06.2018:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung im Bereich des Altenheims St. Pius auf dem Haller Weg eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 km/h auf einer Länge von 300 m zu prüfen.

Frau Trüggelmann verweist diesbezüglich auf die Stellungnahme des Amtes für Verkehr: Bei einer Rundfahrt gemeinsam mit dem Verkehrskommissariat der Polizei, dem Straßenbaulastträger und der Straßenverkehrsbehörde seien keine verkehrlichen Defizite festgestellt worden. Das Altersheim befinde sich seit über 50 Jahren an gleicher Stelle. Probleme bzw. Unfälle mit Senioren seien in diesem Bereich nicht dokumentiert.

Die Sichtachsen am Haller Weg seien in beiden Richtungen gut. Das Verkehrsaufkommen sei in der Sackgasse eher gering. Die Verbindung zur nächstgelegenen Bushaltestelle sei auf Grund der vorhandenen Hochbord-Gehwege am Haller Weg mit entsprechenden Absenkungen sicher zu begehen. Die Buslinie 29 sichere die Verbindung zur Innenstadt. Eine evtl. Geschwindigkeitsreduzierung hätte Auswirkungen auf die Fahrplanteue von moBiel. Ob diese (geringen) Verzögerungen ausgeglichen werden könnten, müsste moBiel beurteilen.

Zur Neuregelung von erleichterten Geschwindigkeitsbeschränkungen vor sozialen Einrichtungen nach der StVO-Novelle vom 15.06.2016: Die Neuregelung setze einen direkten Zugang der sozialen Einrichtung zur Straße Haller Weg hin voraus. Das Altenheim St. Pius liege bereits innerhalb einer T30-Zone und habe den Zugang zum Piusweg, der innerhalb dieser Zone liege. Ein direkter Zugang zum Haller Weg bestünde nicht. Die Neuregelung sei hier nicht anzuwenden.

Insgesamt sei eine Geschwindigkeitsreduzierung auf dem Haller Weg auf Grund des naheliegenden Altenheims St. Pius nicht anzuordnen, da kein

direkter Zugang vorhanden sei.

Herr Brunnert erachtet die Antwort als nicht zufriedenstellend.

Herr Heimbeck findet es grundsätzlich bedauerlich, dass Tempo 30 bis dato noch nicht auf dem gesamten Haller Weg angeordnet werde; ein entsprechender Beschluss sei bereits vor einiger Zeit gefasst worden. Er drängt darauf, in dieser Sache „dranzubleiben“.

Herr Spilker merkt an, dass er die Begründung des Fachamtes, warum die erleichterte Geschwindigkeitsbeschränkung vor dieser sozialen Einrichtung nicht angewandt werde, nachvollziehen könne.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

-.-.-